

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Postfach 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion: Dresden, Postfach 1208.

Abonnementpreise: einschließlich Frachtposten monatlich 6,00 M., durch die Post jährlich 66,00 M., unter Abzug für Deutschland monatlich 5,50 M., Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreise: die Spaltenbreite 2,80 M., Familienanzeigen 1,50 M., die Spaltenbreite 0,50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Kurzeren Aufträgen im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorzulesenden Tagen. Bei Kleinverteilung 40 Pf.

Nr. 145

Dresden, Freitag den 24. Juni 1921

32. Jahrg.

## Berständigung in Oberschlesien

Berlin, 24. Juni. Am gestrigen Donnerstag ist die Regierung zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Inhalt des Ministerialdirektors von Malgahn über Oberschlesien entgegenzunehmen. Es ist zwischen dem Generalmajor und dem Generalmajor ein Einverständnis erzielt worden. Danach soll die nötige Klärung Oberschlesiens innerhalb sieben Tagen durchgeführt sein. Die Polen müssen der Veröffentlichung der Verordnung der Interalliierten Kommission innerhalb 16 Stunden eine neue Linie vorschlagen, die möglichst von Lublitz liegt und in dem Vogen um Gleiwitz herumgeht. Erst wenn die Polen eine neue Linie vorschlagen werden, wird der deutsche Vorschlag in Betrachtung gezogen. Die neue Linie des deutschen Selbstschutzes wird im Norden etwa südlich Oberhausen liegen. Nachdem der deutsche Selbstschutz diese Linie nicht hat, beginnt für die Polen die Verpflichtung, weiter in der Richtung auf die deutsche Grenze zurückzugehen. Erst wenn die Polen sich dieser Verpflichtung genügen lassen, tritt für den deutschen Selbstschutz die Verpflichtung ein, seinerseits die beiden Ostseeländer nördlich und südlich von Oppeln zu räumen. Die interalliierten Truppen werden sowohl den Polen wie den Deutschen mittelbar folgen.

### Polnischer Munitionswagen explodiert

Breslau, 24. Juni. Auf dem Bahnhofsplatz in Breslau sind zwei Munitionswagen explodiert. Der angelegte Schaden, der infolge der großen Menge des Explosivstoffes erheblich ist, wird auf 35 Millionen polnische Mark geschätzt. Den Polen wurden eine Anzahl deutscher Kanonen in Höhe von 2000 Stück, darunter eine 150 mm Kanone, in die Hände gegeben. Die Beschießung der Festung ist im Gange. Es ist noch nicht, die Verhafteten fest zu bekommen. Er telegraphierte seinerseits auch an die Interalliierte Kommission, daß für persönlich noch keine Gefahr bestehe.

### Eine Räuberbande

24. Juni. Gestern nacht drang in Oppeln eine Bande von 20 Mann, bewaffnet mit Handgranaten und Revolvern, das Hotel Krug ein und plünderte dort sämtliche Kassen aus.

### Das Abstimmungsresultat

Das amtliche Organ der Interalliierten Kommission in Oppeln veröffentlicht jetzt die amtlichen Abstimmungsresultate. Danach haben 55 Proz. der Stimmberechtigten für Deutschland gestimmt. Von sämtlichen Gemeinden haben 55 Proz. eine deutsche Mehrheit erhalten. In den 11 Wahlkreisen Arnau, Breditzsch und Oberglau gibt es noch keine amtliche Feststellung überhaupt keine Gemeinde mit polnischer Mehrheit.

### Chamberlain über Oberschlesien

Chamberlain erklärte im englischen Unterhaus über die Angelegenheit Oberschlesiens mit Bezug auf die Lage in Oberschlesien sei entscheidend geprüft worden. Dem Vorschlag, der eine vorläufige Jurisdiktion der Interalliierten Kommission über die Entscheidung des Streitigen Gebietes vorsehe, sei zugestimmt worden. Die alliierten Streitkräfte sollen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem genannten Gebiet so lange verantwortlich sein, als die Entscheidung des Obersten Rates nicht erfolgt ist.

### Der deutsch-englische Handelsvertrag

Bern, 24. Juni. Die Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der englischen Regierung über die künftige Regelung der handelsrechtlichen Beziehungen haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Im Laufe einer eingehenden Aussprache, bei der die wesentlichen Punkte für die Handelspolitik der beiden Länder eingehend erörtert wurden, wurde festgestellt, daß auf beiden Seiten der Wunsch besteht, unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen beider Länder zu einem Abkommen zu gelangen, und die großen, durch die allgemeine Weltwirtschaft in beiden Ländern bestehenden Schwierigkeiten, die durch die gegenwärtigen Handelsverhältnisse entstehen, im Wege freundschaftlicher Verhandlungen zu beseitigen. Demgemäß sind die Verhandlungen zu einem vorläufigen Abkommen über den Handelsverkehr im Jahre 1921 im Gange. Die Verhandlungen über den Handelsverkehr werden sich auch in Zukunft das Recht der Freundschaftlichkeit zu Grunde legen. Die Verhandlungen über den Handelsverkehr werden sich auch in Zukunft das Recht der Freundschaftlichkeit zu Grunde legen. Die Verhandlungen über den Handelsverkehr werden sich auch in Zukunft das Recht der Freundschaftlichkeit zu Grunde legen.

Nach der vereinbarten Befreiung der Waren, werden die Waren, die dem 1. Juli d. J. in Kraft kommen, wird die Schweiz ihren Verbrauchern vom 1. Juli 1921, Deutschland seinen Verbrauchern vom 1. Juli 1921, die Schweiz ihren Verbrauchern vom 1. Juli 1921, Deutschland seinen Verbrauchern vom 1. Juli 1921, die Schweiz ihren Verbrauchern vom 1. Juli 1921, Deutschland seinen Verbrauchern vom 1. Juli 1921.

### Griechenland und der Vermittlungsvorschlag

Berlin, 24. Juni. Nach dem Wiener Nachrichtenblatt Res America wird die Antwort der griechischen Regierung auf den gemeinsamen Schritt der Verbündeten diese Vermittlung nicht annehmen. Sie lehnt ab, aber deutsch erklärte, daß die hellenische Regierung nicht geneigt ist, Bedingungen für eine Vermittlung anzunehmen, die sich von der Grundlage des Vertrages von Sevres ableiten. Sie lehnt ab, aber deutsch erklärte, daß die hellenische Regierung nicht geneigt ist, Bedingungen für eine Vermittlung anzunehmen, die sich von der Grundlage des Vertrages von Sevres ableiten.

über die zulässigen Grenzen noch in der Schwebe sei. Es sei beschlossen worden, den alliierten Kommissaren in Oberschlesien für mögliche Unterabhandlungen sowohl am 24. als auch am 25. Juni in Berlin und Paris zu tagen. Die Pariser Unterabhandlungen seien durchaus dem üblichen Charakter freundschaftlicher Gespräche gewidmet. Der Wunsch der Mächte, im ersten Juli in Wien zusammenzutreffen, sei auf neue zum Ausdruck gekommen.

### Die ober-schlesischen Verhandlungen auf dem letzten Punkt

Eigene Drahtmeldung  
Londres, 24. Juni. Die Verhandlungen innerhalb der Interalliierten Kommission über den von General Denefer ausgearbeiteten und von dem deutschen Vizepräsidenten angenommenen Abkommensentwurf sind nunmehr auf ihrem abschließenden Standpunkt und stehen weitere Verhandlungen auf dieser Grundlage ohne weiteres ab. Sie stehen in dem englischen Vorschlag eine durch nichts gerechtfertigte einseitige Übertragung der Deutschen, für deren unannehmliche Folgen sie die Engländer verantwortlich machen würden. Ein einseitiger Einbruch des polnischen Aufstandes sei unannehmlich, wenn die Engländer auf die Annahme und Durchführung ihres Vorschlages bestünden, und was dann kommen werde, sei nicht vorauszusagen. Die polnischen Führer hätten ihre Linie nicht mehr so in der Hand wie zu Beginn des Aufstandes. Die Wut auf die Deutschen und die interalliierten Truppen unter den polnischen Insurgenten sei aber nur noch gemildert. Anstatt die deutsche Linie im Falle der Durchführung des englischen Abkommensentwurfes mit Rücksicht auf die Sicherheit seiner, das Industriegebiet haltenden Truppen nachzugeben, nur mit deren Zurückziehung auf die Städte anzuwarten.

### Die verschwundenen Schiffe

Eigene Drahtmeldung  
Londres, 24. Juni. In hochinteressanten Kreisen heißt es, daß bisher nicht drei, sondern zehn Schiffe auf geheimnisvolle Weise unweit der amerikanischen Küste verschwunden sind.

Es verlautet, daß der Sekretär der Vereinigung für die Anerkennung der Republik Irland mit zwei Unterseebooten der Seemarine zwischen Amerika und Irland verkehrt.

New York, 23. Juni. Zu dem Verschwinden dreier amerikanischen Dampfer im Atlantischen Ozean gibt die Polizei jetzt bekannt, es seien vor 18 Monaten bei Durchfahrten des Hauptquartiers des Verbandes russischer Arbeiter in den Vereinigten Staaten und in Kanada Schiffsklätze beobachtet worden, aus denen hervorgeht, daß die amerikanischen Schiffe planmäßig auf offener See beschlagnahmt und nach Sowjetrußland übergeführt werden sollten.

### Der Wert der bisherigen deutschen Leistungen

Eigene Drahtmeldung  
Londres, 24. Juni. Einer Mitteilung des Staatsministers Horne zufolge, beläuft sich der Wert der in Waren geliefernden deutschen Wiedergutmachung bis 31. März auf mehr als 6 Milliarden Goldmark.

jetzen nach der Ankunft des Ministerpräsidenten Cunard zwei lange Anbahnungen abgehalten. Der Entwurf der Antwort auf den Vermittlungsvorschlag ist nach Scurrina telegraphisch und dem König zur Genehmigung unterbreitet worden.

Londres, 24. Juni. Im Unterhaus erklärte Chamberlain, daß die griechische Regierung nicht bereit sei, den erzielten Stillstand zu geben, so würden die alliierten Mächte ihr die Verantwortung für die Fortsetzung der Feindseligkeiten verleiht. Falls die griechische Regierung eine Vermittlung der Großmächte annehme, seien die Mächte bereit, die türkische Regierung zu einer sofortigen Waffenruhe und zum Beginn von Friedensverhandlungen aufzufordern.

### Der Völkerbundrat gegen die Waffenfabrikation

Genf, 24. Juni. Der Völkerbundrat hat die internationale Einsetzung jedweder Waffenfabrikation einstimmig beschlossen. In der Frage der freien Durchfuhr für Polen durch Danziger Gebiet wurde zwischen den Vertretern Polens und Danzigs völlige Einigung erzielt. Die polnische Regierung behält außerhalb der Stadt ein Gelände, das als Umkleekabinen für polnische Kriegsmaterial dienen soll und auf dem die Polen gestattet ist, zur Ausführung der notwendigen Reparationsmaßnahmen notwendige nichtuniformierte Mannschaften zu halten.

### Zutritt zum Friedensvertrage von Trianon

Paris, 24. Juni. Nachdem Japan den Friedensvertrag von Trianon ratifiziert hat, tritt dieser nunmehr in Kraft. Da Ungarn und Italien ihn bereits vorher ratifiziert haben und die Ratifizierung durch drei Großmächte erforderlich ist.

### Wiederaufbauverhandlungen in Paris

Paris, 24. Juni. Die Welt-Versien mittel, werden in der kommenden Woche zwischen Staatssekretär Permann, Außenminister und Landwirt Verhandlungen über den Wiederaufbau geführt werden. Die Frage der festhalten deutschen Beiträge am Wiederaufbau, die Minister Rathenau in Wiesbaden angekündigt hatte, wird auch besprochen werden. Die erste Unterredung sei für Dienstag festgelegt.

## Deutschösterreichische Probleme

Deutschösterreich scheint von der sogenannten Anschließ-Aktion betroffen zu sein. Insofern hat, von außen her gesehen, ein einseitiges Gebot die Entente beherzigt Österreich nach weitestmöglicher als Deutschland. Sie will den Anschluß des Donaulandes an Deutschland nicht, für das jetzt sechs Millionen von Wien und den alten Grenzländern hat sie das berühmte Selbstbestimmungsrecht der Völker außer Kraft gesetzt, und sie verbietet dem Staat, Anschließ-Schritte zu tun. Aber sie kann dieses eben nur dem „Staat“ verbieten; viel schwerer, ja fast unmöglich ist es, einem Volk oder auch nur einer Partei etwas zu verbieten. Die üblichen Machtmittel verfügen. Eigenes Militär ins Land zu legen, um Anschließ-Aktionen zu verhindern, dazu ist die Sache nicht wichtig genug und zu kostspielig (man weiß ja auch, daß Österreichische Soldaten nicht erziehen könnten). Die vorerstliche 3000-Mann-Armee aus Wien aber in die Länder zu dirigieren, das würde auch bei höchstem Druck unmöglich sein — so viel volkliches Schicksal bedingt übrigens selbst im Obersten Rat noch, daß man einem Lande nicht den Bürgerkrieg mit einer Kavallerie will anordnen lassen. Man würde sich zudem damit auch blamieren, denn die Armeen würde vielleicht marschieren (und requirieren), aber schließlich lächerlich. Heberdies ist sie nicht in der Hand der Neutralität, sondern mehr in der der Sozialdemokratie.

Genug, man weiß im Lande, daß die Anschließ-Aktion keine unmittelbare Gefahr nach sich zieht. Man weiß, die Regierung in Wien wird zögern und stehen, aber sie wird nichts Entscheidendes tun, denn sie kann nichts tun. Die unmittelbare Gefahr aber — über sie kann man alles Erfinden zweifelhaft sein. Es heißt, die sogenannten Kredite zur Finanzierung Österreichs, die in Rom und Prag verhandelt werden in London, New York, Paris, Rom und Prag verhandelt und noch immer verhandelt, seien gefährdet, wenn der Anschließ-Aktion verzögert. Aber über sie wird ja seit 1919 Anschließ betrieben, und trotzdem „is es mir“, also ist es so unklar, wie möglich, ob jetzt etwas geschehen würde, wenn man auf Anschließ-Aktionen verzichtete. Und ob die rednenden Herren der City wirklich sich von einer solchbürgischen Volksbefreiung beeinflussen lassen würden? Man weiß, daß der italienische Generalleutnant der Weisrieden für gefährdet erklärte durch die Anschließ-Aktion. Daß Gott erbarm! der Weisriede, der so lächerlich ist, daß gewiß keiner für Österreich schlechter sein könnte, um den war's ja kaum schade. Ein ruinierter Volk denkt wie ein Bettler: was kann mir noch „Schicksal“ passieren? Die Dinge liegen nun gewiß nicht so einfach. Gewisse Gefahren sind sicher mit der Anschließ-Aktion verbunden. An der Südbahn stehen die Südbahnen nicht marktschreierlich, um den zweifelhaftesten Landstrich im Zerfall-Augenblicke schleunigst zu belegen, jenen Reich, wo höchstens Millionen für die Unheilbarkeit künftiger Länder, kaum für Deutschösterreich, gewiß nicht für Deutschland gestimmt haben.

Ein von der Entente nicht nur wirtschaftlich wie bisher, sondern auch politisch sich selber überlassenes Österreich würde, wenn das deutsche Volkungemüß erlangen. Und so weiter. Denn noch ist die Situation eben gerade vieldeutiger genug, daß die Anschließ-Aktion für den Anschließ nach für einigermassen streifende Politiker mit engerem Gesichtskreis möglich erscheint. Die deutschösterreichische Partei Österreichs — die Christlichsozialen — tut die Lage rückhaltlos an. Da es ihr an halbwegs sinnvollen Vorschlägen und an Agitationsstoff ohnehin mangelt, kam ihrer gestrigen Antwort die Anschließ-Aktion ebenso recht wie ihrem allgemeinen demagogischen Bedürfnis; es tritt hinzu, daß schließlich in Wahrheit eine echte Gegenstimme für die Heimkehr zum großen Vater- und Bruderslande in den Seelen der an sich ganz unpolitischen Anschließ-Aktion wirkt. Galt aber eine Partei die Sache offiziell aufzugeben und auszugeben, so konnte die benachbarte Sozialdemokratische Partei der Christlichsozialen („Zentrum“ mit sozialdemokratischer Einschlag) nicht zurückweichen, zumal die Behauptung schwer zu widerlegen, obwohl auch schwer zu beweisen ist, daß der Anschließ werde große wirtschaftliche Vorteile bringen. Die Christlichsozialen Partei in Wien war freilich vorzüglich über die Vorteile der Anschließ-Aktion nicht im Zweifel, um die Landesvertretungen an der Spitze des Österreichs zu halten. So kam, von Großdeutschen und Christlichsozialen offiziell verurteilt, von Sozialisten kaum bekämpft, von den Landesregierungen still gelassen und gefördert, die Abkündigung der Anschließ-Aktion, natürlich fiel sie planmäßig aus, denn warum sollte der einzelne dagegen sein? Ein Ja folgte nichts, es entsprach der begeisterten Stimmung. Ein Nein konnte Verdruss bereiten. Dieses hatte keine Folgen. Die Verantwortung trugen die Führer. Vor der dritten oder vierten Abstimmung endlich dimissionierte die christlichsozialen Regierung in Wien, um der Entente den guten Willen und die Unfähigkeit zur Abhilfe nachzuweisen. Seither verhandelt die Landespartei mit der Zentralpartei über die Fortführung oder Abschaffung der Anschließ-Aktion. Man erwartete den Kommissar, eine Regierung zu bilden, die am 1. Juli nach vollzogener Abstimmung in Österreich noch einmal ein Dimissionsschreiben vor der Entente aufstellen sollte. Schließlich gaben die Christlichen doch nach, aber da der politische Ruf der Partei erküßter ist und die Sozialdemokratie sich wohl die Hände nicht nach einmal an der Anschließ-Aktion vorbeugen wollte, bildete man ein neutrales Beamten-Ministerium „bis zum Herbst“.

Die Sozialdemokratie hatte leichten Spiel als die andere. Auf dem Lande, wo die Anschließ-Aktion unwirksam, hat sie nicht allzuviel zu verlieren. Volkswirtschaft konnte